

Bern, 4. Oktober 2007

## **MEDIENMITTEILUNG**

### **Behandlung von Patienten bei unbezahlten Prämien: Ist-Zustand**

**Das KVG sieht in Art. 64a einen Vergütungsaufschub vor, wenn die Versicherten ihre Prämien an die Krankenversicherung nicht bezahlt haben. Die jüngste Veränderung der Verordnung zum KVG hat zu einer unhaltbaren Situation geführt, in der die Spitäler Millionensummen von ausstehenden Rechnungen haben. Der Präsident des nationalen Spitalverbands H+, Charles Favre, verlangt vom Bundesrat Erklärungen.**

Die auf den 1.1.2006 eingeführte Regelung für den Zahlungsaufschub von medizinischen Leistungen hat zu unhaltbaren Zuständen geführt. Sie führt zu einer medizinischen Fehlversorgung und damit zu höheren Kosten in der Gesamtrechnung. PatientInnen werden unnötigerweise an die Notfallstationen der Spitäler überwiesen.

Bei Ärzten und Spitälern stapeln sich unbezahlte Rechnungen. Einzelne Spitäler haben Einnahmenausfälle in Millionenhöhe. Faktisch haben die Versicherer ihr Delkredere-Risiko auf die Leistungserbringer oder auf die Kantone abgeschoben. Aus der Erfahrung der ersten eineinhalb Jahre stellt H+ fest: Die Gesetzesrevision ist über ihr deklariertes Ziel hinaus geschossen. Man wollte nur zahlungsunwillige Prämienzahler bestrafen, hat aber vor allem die zahlungsunfähigen Prämienschuldner getroffen. Sie werden unnötigerweise und früher als bisher von der Sozialhilfe abhängig.

Der Bundesrat hat im Bewusstsein dieser Situation die Ausführungsverordnung des KVG auf den 1. 8. 2007 geändert.

Der Präsident von H+, Nationalrat Charles Favre, will mit seinem parlamentarischen Vorstoss Informationen über die Wirksamkeit der ergriffenen Massnahmen erhalten. Dies, um eventuelle Gesetzesänderungen zu erwirken.

Favre will vom Bundesrat u.a. wissen, ob er ein Monitoring eingerichtet hat bei Krankenkassen, Kantonen und Leistungserbringern, ob er die Höhe der ausstehenden Prämien und unbezahlten Behandlungen kennt und in welchem Verhältnis die einen zu den anderen stehen. Er möchte ausserdem wissen, unter welchen Voraussetzungen der Bundesrat bereit ist, die unhaltbare Situation zu ändern.

H+ Die Spitäler der Schweiz ist der nationale Verband der öffentlichen und privaten schweizerischen Spitäler, Kliniken und Institutionen der Langzeitpflege. Ihm sind rund 380 Spitäler, Kliniken und Pflegeheime als Aktivmitglieder sowie über 200 Verbände, Behörden, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen als Partner-Mitglieder angeschlossen. H+ repräsentiert Gesundheitsinstitutionen mit rund 177'100 Arbeitsstellen.

Weitere Informationen:  
**H+ Die Spitäler der Schweiz**  
Charles Favre, Präsident  
Handy: 079 621 08 93  
E-Mail: [charles.favre@parl.ch](mailto:charles.favre@parl.ch)

Weitere Informationen:  
**H+ Die Spitäler der Schweiz**  
Reinhard Voegele, Kommunikation  
Tel. G: 031 335 11 33, Handy: 079 571 00 00  
E-Mail: [reinhard.voegele@hplus.ch](mailto:reinhard.voegele@hplus.ch)